

ERKLÄRUNG DER DEUTSCH-TSCHECHISCHEN UND DEUTSCH-SLOWAKISCHEN HISTORIKERKOMMISSION VOM 29. APRIL 1995

I.

Die Kommission, die nicht den Auftrag hat, zu aktuellen Problemen der deutsch-tschechischen und deutsch-slowakischen Beziehungen Stellung zu nehmen, gibt aus Anlaß des 50. Jahrestages der Beendigung des 2. Weltkrieges folgende grundsätzliche Erklärung ab.

II.

Das jahrhundertelange Zusammenleben von Tschechen, Deutschen und Juden in einem Land, die tausendjährige Nachbarschaft von Deutschen, Tschechen und Slowaken in unterschiedlichen staatlichen Organisationsformen müssen im unbefangenen Rückblick trotz aller Spannungen als für alle Seiten förderlich bezeichnet werden. Im Zusammenhang der europäischen Geschichte gesehen, war das historische Mitein-

ander in den böhmischen Ländern, im habsburgischen Vielvölkerstaat und der regionalen Nachbarschaft zwischen Bayern, Sachsen und Schlesien ein unverzichtbarer Bestandteil der Entwicklung ihrer Völker.

III.

Seit dem Beginn der nationalen Bewußtseinsbildung als charakteristischer Etappe auf dem Weg der Fundamentaldemokratisierung und unter dem Eindruck wachsender nationaler Antagonismen, namentlich innerhalb der böhmischen Länder, haben sich die wechselweise erhobenen nationalen Ansprüche im Rahmen der habsburgischen Gesamtherrschaft als miteinander unvereinbar erwiesen. Zwar blieb das Verhältnis zur bayrischen, sächsischen und preußischen Nachbarschaft vor und auch nach der Gründung des deutschen Nationalstaates von 1871 davon weitgehend unberührt; die tschechische wie auch die deutschsprachige Geschichtsschreibung in den habsburgischen Ländern und seit 1918 in der tschechoslowakischen Republik fühlte sich jedoch herausgefordert, aktuelle Auseinandersetzungen um die sogenannten nationalen Besitzstände, um Sprachregionen und Kulturräume mit einseitigen Stellungnahmen zu begleiten. Derartige Einseitigkeiten zu kennzeichnen, zu analysieren und so weit wie möglich zu überwinden, sieht die Historikerkommission als eine ihrer Aufgaben an. Sie will dadurch das Bewußtsein ihrer Völker von der Inanspruchnahme durch instrumental verstandene Geschichtsdeutungen im Rahmen des sogenannten Volkstumskampfes befreien.

IV.

Die Gründung der Tschechoslowakischen Republik aufgrund der Pariser Verträge eröffnete Möglichkeiten demokratischer Entwicklung in den böhmischen Ländern und in der Slowakei, die aber im Hinblick auf die Minderheitenbevölkerung nicht wahrgenommen wurden. Da es nicht gelang, erträgliche Kompromisse zu finden oder anzubieten, blieben die Minderheiten im neuen Staatswesen unzureichend integriert. Trotz gewisser Erfolge staatsbejahender deutscher Mitarbeit und Regierungsbeteiligung verschlechterte sich die Lage der beinahe ein Viertel der Bevölkerung umfassenden deutschen Minderheit, besonders, als die Weltwirtschaftskrise die exportabhängige Industrie in den deutschen Siedlungsgebieten erfaßte und die Massenarbeitslosigkeit soziale Destruktion auslöste. In dieser Situation weckte der Aufstieg Hitlers in unmittelbarer Nachbarschaft politische Erwartungen, so daß eine antiparlamentarische, nach dem „Führerprinzip“ organisierte sudetendeutsche Sammlungsbewegung zum Ansatzpunkt für Hitlers Expansionspolitik werden konnte. Damit gewann der nationale Konflikt den Charakter einer Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur, in dem sudetendeutsche Demokraten trotz ihrer Verbindungen zu tschechischen Demokraten schließlich unterlagen, zumal eine Lösung der Nationalitätenfrage in der tschechoslowakischen Republik nicht erreicht wurde.

V.

Die Zerstörung des tschechoslowakischen Staates durch das von den europäischen Großmächten gebilligte Münchner Abkommen vom 30. September 1938 mit seinen Folgeerscheinungen bis zum 15. März 1939 wurde für die Beziehungen der Tschechen und Deutschen zum Beginn der Katastrophe und war zugleich das Vorspiel des 2. Weltkrieges. Der Krieg, die Okkupation mit ihrem Terror, die verbrecherische Tötung von mehr als 300 000 tschechoslowakischen Staatsbürgern meist jüdischer Herkunft sowie die „Eindeutschung“ der böhmischen Länder und die geplante Liquidierung des tschechischen Volkes haben zwischen den beiden Völkern einen beispiellosen Abgrund aufgetan. Auf der Grundlage alliierter Entscheidungen, unter dem Eindruck des gesteigerten Terrors in den letzten Kriegstagen sowie des Bekanntwerdens der nationalsozialistischen Verbrechen, setzte eine wilde Vertreibung der Deutschen ein, die ebenfalls von großen Brutalitäten und beträchtlichen Menschenverlusten begleitet war; diese Vorgänge gingen später in eine gezielte Aussiedlung über. Beide Vorgänge bedeuteten das Ende des vielhundertjährigen Zusammenlebens von Deutschen mit Tschechen und Slowaken in einem gemeinsamen Staat. 50 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges sind die völkertrennenden Gegensätze und Spannungen zurückgetreten und besteht aller Anlaß, an die nach 1938 zerstörten Gemeinsamkeiten wieder anzuknüpfen, ohne die Ergebnisse der Nachkriegsordnung anzutasten.

VI.

Davor lag eine jahrzehntelange Periode des Schweigens zwischen Deutschen und Tschechen, auch wegen der deutschen Teilung und weil die Nachkriegstschechoslowakei, zunächst mit breiter Zustimmung der Bevölkerung, der sowjetischen Einflußsphäre des fortan geteilten Europas angehörte. Nach jahrzehntelangem Widerstand tschechischer und slowakischer Demokraten, in deren Reihen auch die Vertreibung der Deutschen als Vorstoß gegen die heute im allgemeinen anerkannten Prinzipien von Menschenrecht und Menschenwürde verurteilt worden war, gelang der Tschechoslowakischen Republik beim Zerfall des sowjetischen Imperiums 1989 eine demokratische Regeneration, die in die Existenz zweier demokratischer Republiken auf ihrem Boden mündete. Die jahrzehntelange kommunistische Indoktrination und das offizielle Schweigen auf westdeutscher Seite behinderten nachhaltig die historische Forschung. Um diese Versäumnisse wettzumachen, sind die gemeinsamen Historikerkommissionen bestrebt, konkrete Forschungsprojekte anzuregen, Tagungen zu veranstalten und deren Ergebnisse zu veröffentlichen. Sie gehen davon aus, daß allein die gemeinsam approbierte Aussage über die Jahrzehnte der Zwietracht und der Katastrophe die wechselseitigen Beziehungen klären und in gemeinsamer Orientierung auf eine europäische Gemeinschaft auch heilen hilft.